



Berlin, 09. April 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Tarifvertrag für die Angestellten der Länder ist unter Dach und Fach. Nun arbeiten wir alle gemeinsam daran das gleiche Ergebnis für die Beamten in den Ländern zu sichern.

Trotz eindeutiger Zusicherungen von Ministerpräsidenten wird da und dort der Versuch unternommen, das Tarifergebnis nicht vollständig auf die Beamten zu übertragen. Dies ist ein Ärgernis und wird von uns nicht hingenommen. Haushälterische Kleinkrämer wollen bei ihren treuesten Mitarbeitern wieder einsparen. An den Stellen an denen dies versucht wird, geht es um wenige Millionen, aber gleichzeitig werden Milliarden für die Rettung von Landesbanken zur Verfügung gestellt. Die politisch Verantwortlichen reden gerne von Motivation, tun aber dann alles um die Beamten zu demotivieren. Der so angerichtete Schaden ist jedenfalls größer als die vermeintlich eingesparten Millionen.

Positiv ist zu vermelden, dass dies der kleinere Teil der Länder ist, die so engstirnig handeln. Zum jetzigen Zeitpunkt haben bereits sieben Bundesländer in ihren Kabinetten beschlossen, das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auch auf die Beamten zu übertragen. Dies ist gut so. Diese Landesregierungen verdienen unseren Respekt. Die anderen Landesregierungen, die von dem Ergebnis abweichen dürfen davon ausgehen, dass wir mit aller Macht für eine gerechte Behandlung kämpfen werden.

Im politischen Bereich beherrscht das Thema Schließung von Steueroasen und Bekämpfung von Steuerhinterziehung die Diskussion. Alle Fraktionen im Deutschen Bundestag haben in Anträgen ihre Positionen formuliert, die auf unterschiedlichen Wegen, aber alle das gleiche Ziel haben, Steuerhinterziehung besser zu bekämpfen und Steueroasen auszutrocknen. Und dies ist richtig. Die jahrelange Arbeit der DSTG an diesem Thema zeigt Früchte.

Die Gemeinschaftsschädlichkeit von Steuerhinterziehung wird von allen Parteien betont. Am Ziel sind wir jedoch erst dann, wenn den Worten auch Taten folgen. Immerhin hat der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages in einer öffentlichen Anhörung dieses Thema breit behandelt. Ich konnte hierbei erneut unsere Position aufzeigen und Lösungswege darstellen. Das von der Bundesregierung erarbeitete Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz war dabei umstritten. In diesem Punkt ist sich die Koalition selbst nicht einig. Das Vorhaben wurde mehrmals von der Tagesordnung der Kabinettsitzung genommen. Die SPD möchte bei dieser Materie etwas mehr, die CDU weniger, die FDP will gar nichts, Bündnis 90/Die Grünen und die Linken wollen erheblich mehr. Es ist abzusehen, dass dieses Thema ein großer Streitpunkt in den kommenden Wahlkämpfen sein wird. Dies schadet nicht, wenn am Ende etwas Ordentliches dabei herauskommt. Ein Skandal wäre es allerdings, wenn das Thema zerredet werden würde, denn dann müssten sich nämlich die politisch Verantwortlichen vorwerfen lassen, dass sie Steuerhinterziehung unterstützen und fördern. Dies will doch sicher niemand. Die DSTG bleibt jedenfalls am Ball, denn die ehrlichen Steuerzahler haben Anspruch darauf, dass den Steuerhinterziehern das Handwerk gelegt wird bzw. sie ihrer gerechten Strafe zugeführt werden.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)